

OAOEV-Update

Osteuropa– 2020/06

(Stand: 25. Mai 2020)

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschuss - Osteuropaverains,

mit unserem Service „OAOEV-Update“ möchten wir Sie unabhängig von Veranstaltungsangeboten regelmäßig über die Entwicklung in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (außer Moldau) auf dem Laufenden halten. Als nächste Veranstaltung für Mitglieder ist für den 9. Juni ein Video-Hintergrundgespräch mit dem Handelsbeauftragten der Ukraine Taras Kachka geplant.

Zusammenfassung

In den **Ländern der Östlichen Partnerschaft** konkretisieren sich die Lockerungen des Corona bedingten Lockdowns: Die Ukraine ist am 22. Mai 2020 in Stufe zwei des fünfstufigen Öffnungsplans eingetreten, Georgien und Armenien haben den landesweiten Notstand aufgehoben. In Aserbaidshan bleibt die Sonderquarantäne bis zum 31. Mai 2020 in Kraft, einzelne Regelungen wurden jedoch gelockert. Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der OAEOV in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#). Das Infektionsgeschehen entwickelt sich in Georgien weiterhin sehr positiv. In der Ukraine, Armenien und Aserbaidshan werden hingegen weiterhin Ansteckungen in signifikanter Zahl registriert. Die Gesundheitssysteme der Länder sind aber weiterhin stabil. Die Infektionszahlen in Belarus steigen im Vergleich zu den anderen Ländern dynamischer.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Wirtschaftspolitik

Ukraine

Die ukrainische Regierung ist mit dem 22. Mai in die zweite Stufe eines [fünfstufigen Plans](#) (ukrainisches Original; die deutsche Übersetzung kann beim OAOEV abgefragt werden) zur

Lockerung der landesweiten Einschränkungen mit Ausnahme einiger weniger Oblaste eingetreten. So haben beispielsweise die Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Weitere Lockerungen werden entlang des Infektionsgeschehens in einem Zehntage-Rhythmus geprüft werden. Die Wiederaufnahme des internationalen Luftverkehrs ist laut Premierminister Schmyhal nicht vor dem 15. Juni 2020 zu erwarten.

Im ukrainischen **Arbeitsmarkt** verursacht der aktuelle Stillstand eine steigende Zahl von Arbeitslosen. Aktuell haben sich knapp 500.000 Ukrainer arbeitslos gemeldet, davon allein 200.000 seit Beginn des Lockdowns. Die Regierung ist daher bemüht, im Land neue Arbeitsplätze zu schaffen. Premier Schmyhal kündigte dazu Mitte Mai ein Beschäftigungsprogramm an, in dessen Rahmen rund 500.000 Stellen geschaffen werden sollen. Darüber hinaus steht die Regierung mit anderen Ländern im Austausch, um möglichst schnell wieder die Aufnahme der Arbeit im Ausland zu ermöglichen.

Die Regierung möchte weiterhin kleine Unternehmen durch stark vergünstigte Kredite sowie durch die Zahlung von Lohnersatzleistungen unterstützen.

Der politische Prozess zur Unterzeichnung des **Bankengesetzes** ist abgeschlossen: Am 13. Mai 2020 stimmte das ukrainische Parlament mehrheitlich für das Gesetz. Es schließt aus, dass Vorbesitzer verstaatlichter Banken einen Anspruch auf Rückgabe oder Entschädigung haben. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist der Weg frei für einen wichtigen **IWF-Kredit**. Nach anfänglichen Verhandlungen über ein dreijähriges Kreditprogramm der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Financing Facility, EFF) mit einem Volumen von über acht Milliarden Euro, haben sich die Ukraine und der IWF nun über ein Stand-By-Programm mit einem kleineren Volumen (rund fünf Milliarden Euro) und einer Laufzeit von 18 Monaten verständigt. Die Einigung mit dem IWF öffnet die Möglichkeit für weitere makrofinanzielle Unterstützung der Ukraine durch die Europäische Union.

Das ukrainische Finanzministerium konnte am 12. Mai 2020 nationale Anleihen am **Kapitalmarkt** platzieren und damit 19,4 Milliarden UAH (rund 660 Millionen Euro) einnehmen. Bereits am 5. Mai 2020 konnten Anleihen im Gegenwert von 10 Milliarden UAH platziert werden. Zwei weitere Banken haben sich dem Kreditprogramm „5-7-9%“ angeschlossen. Das Programm soll es kleinen und mittelgroßen Unternehmen ermöglichen, günstige Kredite zu erhalten.

Am 12. Mai 2020 kamen **Premierminister Schmyhal und Bundeskanzlerin Merkel** zu einem ersten Austausch per Video-Schalte zusammen. Im Zentrum standen Pläne zur Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Unter anderem wurde die Verwendung von Restmitteln des Ungebundenen Finanzkredits sowie die Fortsetzung des bilateralen Austausches im Rahmen der deutsch-ukrainischen High Level Group diskutiert.

Präsident Selenskyi hat sich am 20. Mai 2020 anlässlich seiner einjährigen Präsidentschaft im Rahmen einer größeren Pressekonferenz zu verschiedenen Themen geäußert. Unter anderem kündigte er an, alle Aktivitäten für die Anziehung ausländischer Investitionen in einem zentralen Büro zu bündeln und binnen 18 Monaten sieben Milliarden Dollar einzuwerben. Diese einheitliche Anlaufstelle soll im September die Arbeit aufnehmen.

Gleichzeitig kündigte er an, den Privatisierungsprozess weiter voranzutreiben und nach einer Stabilisierung der Konjunktur zu beginnen. Vorarbeiten zur Bewertung von Unternehmen, zur Kategorisierung von Privatisierungsobjekten und strategisch wichtigen und damit nicht privatisierungsfähigen Institutionen laufen bereits seit einigen Monaten. Darüber hinaus sollen alle Posten, die im Zuge der Regierungsumbildung von Anfang März noch vakant sind, bis Anfang Juni besetzt werden.

Personalien: Der ehemalige georgische Präsident und Gouverneur von Odessa **Mikhail Saakaschwili** wurde zum Vorsitzenden des Nationalen Reformrates ernannt. Der Reformrat hat keine exekutive Entscheidungsbefugnis. Saakaschwili ist damit aber wieder in der ukrainischen Politik aktiv.

Am 15. Mai 2020 wurden die **Leiter der Zollbüros** Sakarpatien, Energetitschna, Asov, Podillia, Polissia, Pivnitschna, Sloboschanska und Bukovina ausgetauscht. Die Leitung der Zollbehörde in Odessa soll ebenfalls ausgetauscht werden.

Belarus

Der Termin für die **Präsidentenwahlen** in Belarus ist auf den 9. August 2020 festgelegt worden. Gleichzeitig kündigte Präsident Alexander Lukaschenko an, dass im Laufe des Sommers die Arbeit der bestehenden Regierung evaluiert und vor den Präsidentschaftswahlen eine neue Regierung vorgestellt werden solle.

Die Corona-Pandemie wirkt sich inzwischen auf die belarussische Exportwirtschaft aus. Im ersten Quartal 2020 sank das Exportvolumen des Landes um 11,3 Prozent.

Belarus und Russland konnten sich weiter nicht auf langfristige Lieferbeziehungen bei **Öl und Gas** einigen. Belarus begann deshalb im Mai damit, Öl aus den USA sowie Saudi-Arabien einzukaufen. Gleichzeitig vereinbarte man eine Lieferung von neun Millionen Tonnen aus Russland.

Mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Situation gibt sich die Regierung optimistisch und hat weitere Maßnahmen für soziale Programme, aber auch zur Bekämpfung der Inflation sowie die Reduzierung des Refinanzierungssatzes beschlossen. Darüber hinaus verhandelt Belarus mit dem IWF über eine Finanzierung im Rahmen des Rapid Financing Instruments in Höhe von 900 Millionen US Dollar.

Südkaucasus

Armenien hat den landesweiten Notstand aufgehoben. Bestimmte Einschränkungen bleiben aber weiter bestehen. Sollte sich das Infektionsgeschehen wieder dynamischer gestalten, kann das Land relativ schnell wieder zum Lockdown-Szenario zurückkehren.

Die Regierung kündigte an, ein mittelfristiges Ausgabenprogramm für kleine und mittelgroße Unternehmen für die Jahre 2021 – 2023 aufzulegen. Weiterhin ist eine Regierungsinitiative für Unternehmensgründer im Bereich Produktion und Dienstleistungen geplant.

Mit Blick auf Sektoren, die nach der Corona-Krise stärker entwickelt werden sollen, setzt das Land auf den Ausbau als Standort für Luftfracht und konnte bereits einen asiatischen Bushersteller für den Standort Armenien gewinnen.

Insgesamt hat die armenische Regierung Hilfen in Höhe von 70 Milliarden DRAM, rund 130 Milliarden Euro, verabschiedet. Als bisher letztes und siebzehntes Unterstützungspaket wurden Unternehmen der IT-Branche unterstützt.

In **Aserbaidschan** mussten im Laufe des Mai vier Banken den Geschäftsbetrieb einstellen. Diese wurden durch das Finanzministerium liquidiert. Die Lizenzen für die AG Bank OJSC und die NBC Bank OJSC wurden über den 12. Mai 2020 hinaus nicht verlängert. Beide Banken konnten ihren Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen. Die AtaBank OJSC und die Amrahbank OJSC hatten bereits am 28. April die Lizenzen verloren.

Ab dem 15. Mai 2020 hat Aserbaidschan die Definition für kleine, mittlere und große Unternehmen geändert. Es zählen ab sofort die Kenngrößen des wirtschaftlichen Einkommens. Wenn dieser Indikator nicht verfügbar ist, zählt die Zahl der Angestellten. Zuvor galt ausschließlich die Zahl der Angestellten als maßgeblich.

Durch einen weiteren Teilabschnitt der in Aserbaidschan beginnenden Transadriatic Pipeline TAP zwischen der griechischen und albanischen Grenze wurde am 20. Mai erstmals Erdgas zu Testzwecken geleitet. Damit schreitet die Fertigstellung dieser Transitroute weiter voran. Die Ölsorte Azeri Light notierte am 23. Mai 2020 mit 35,09 US-Dollar je Barrel deutlich über dem Allzeittief von 15,81 US-Dollar vom 23. April 2020.

Aserbaidschan hat seit dem 18. Mai 2020 verschiedene Regelungen der **Sonderquarantäne aufgehoben**. So müssen sich Bürger u.a. nicht mehr elektronisch registrieren, wenn sie die Wohnung verlassen. Aufgehoben wurden u.a. Zugangsbeschränkungen zu öffentlichen Anlagen, aber auch für Restaurants, Cafés u.ä..

Georgien hat den geltenden Notstand nicht über den 22. Mai 2020 hinaus verlängert. Gleichwohl öffnet die Regierung das Land weiterhin nur stufenweise, um das Infektionsgeschehen kontrollierbar zu halten.

Der IWF hat im Mai seinen **Länderbericht Georgien** veröffentlicht. Der Washingtoner Fonds bewertet die Resultate der georgischen Regierung im Rahmen der Zusammenarbeit positiv, sieht das Land gleichwohl vor einem ausgeprägten Wirtschaftsabschwung und einem dringenden Zahlungsbilanzbedarf aufgrund der COVID-19-Pandemie. Geringere Exporte, starke Einbrüche beim Tourismus und schwächere Rücküberweisungen werden das Leistungsbilanzdefizit voraussichtlich auf elf Prozent des BIP im Jahr 2020 anwachsen lassen, so der IWF. Zu erwarten ist ein geringerer Zufluss von privaten Finanzmitteln und damit eine verzögerte Investitionstätigkeit. Die Behörden haben versucht, die COVID-19-Pandemie einzudämmen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen abzufedern, sehen sich jedoch für 2020/21 mit einer Zahlungsbilanzlücke von 1,8 Milliarden Dollar (11,4 Prozent des BIP) konfrontiert.

Im April 2020 ging die Summe von Rücküberweisungen nach Georgien um 42,3 Prozent (58,0 Millionen US-Dollar) im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres zurück, so die Nationalbank von Georgien (NBG).

Konjunktur

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat am 13. Mai 2020 ihre Frühjahrsprognose veröffentlicht: Für die Ukraine wird ein Wirtschaftsrückgang von 4,5 Prozent im Jahr 2020 erwartet. Auch für die anderen Länder zeichnet die EBRD eine negative Prognose für das Jahr 2020: Das armenische BIP soll um 3,5 Prozent, das aserbaidische BIP um drei Prozent, das belarussische BIP um 5,0 Prozent und das georgische um 5,5 Prozent schrumpfen. Für das Jahr 2021 erwartet die EBRD wieder Wachstumsraten zwischen drei und 5,5 Prozent. Der vollständige Report zur Frühjahrsprognose findet sich auf der [Website](#) der Bank.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale Ausschreibungen für Beschaffung und Projekte auf der Website der Agentur [hier](#).

Kommende Veranstaltungen

Die für unsere Region geplanten OAOEV-Veranstaltungen wurden bereits oder werden mit hoher Wahrscheinlichkeit verschoben. Die Regionaldirektion arbeitet weiter an alternativen Onlineformaten, um Ihnen die Möglichkeiten zur Information und Vernetzung zu bieten.

- **9. Juni 2020:** Video-Hintergrundgespräch mit dem Handelsbeauftragten der Ukraine Taras Kachka – **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **10. Juni 2020:** Webinar Ukraine: Im Rahmen der Informationsreihe für NRW-Unternehmen zu verschiedenen Märkten Osteuropas und deren Möglichkeiten. Eine Initiative von NRW.International im Rahmen des Enterprise Europe Network (EEN) mit Unterstützung des Ost-Ausschuss - Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft. Mehr Infos gibt es unter: <https://ogy.de/WebinarUkraine>
- **15. Juni 2020:** [Belarus als IT-Standort mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finance und KI](#) (dreiteilige Online – Reihe)
- **29. Juni 2020:** Ukraine Wirtschaftstag in Kooperation mit dem Deutsch – Ukrainischen Forum (als Online-Format)
- **30. September – 2. Oktober 2020:** Delegationsreise Ukraine – **verschoben vom März 2020**
- **Zweite Jahreshälfte:** Delegationsreise Aserbaidschan – **verschoben vom April 2020**
- **15. Oktober 2020:** Deutsch-Armenischer Wirtschaftstag, Jerewan
- **November 2020:** Wirtschaftsforum Östliche Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Düsseldorf

Tipps & Links

Von der chinesischen Provinz Wuhan aus hat sich das neuartige **Coronavirus** seit Ende Dezember in bereits über 100 Länder ausgebreitet. Welche Bestimmungen die Partnerländer des OAOEV erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig

aktualisieren. Dort finden Sie als pdf auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.oaoev.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Am 17. Juni 2020 erscheint das **Mittel- und Osteuropa Jahrbuch des Ost-Ausschuss - Osteuropaver eins (OAOEV)** in der 15. Auflage. Das Jahrbuch enthält neben dem Jahresbericht des OAOEV und dem Mitgliederverzeichnis aktuelle Informationen über alle 29 Länder des östlichen Europas und Zentralasiens. Eine historische Reportage blickt auf das erste Erdgas-Röhrgeschäft zwischen Deutschland und der Sowjetunion vor 50 Jahren zurück. Das Jahrbuch ist damit auch ein wertvolles Nachschlagewerk. Die Auflage liegt bei 3.000 Exemplaren plus E-Paper. Es wird den Mitgliedern und Partnern des OAOEV kostenlos zugestellt und auf den Veranstaltungen des OAOEV verbreitet. Wir würden uns freuen, wenn Sie die Ausgabe durch Ihre Anzeige unterstützen und so Ihr großes wirtschaftliches Engagement in und für Mittel- und Osteuropa unterstreichen. Für Anfragen zur Insertion steht Ihnen das Anzeigenteam vom OWC Verlag für Außenwirtschaft gerne zur Verfügung: Telefon +49 30 615089-28 oder jg@owc.de

Die Metadaten gibt es hier: <https://owc.de/download/2944/>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte wieder reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Übersicht zu den Maßnahmen der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** in den Ländern der Östlichen Partnerschaft: <https://www.ebrd.com/news>

Informationen der **Europäischen Union** zu Unterstützungsmaßnahmen der Länder der Östlichen Partnerschaft: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_562

Der Think Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien. Zuletzt erschien ein Update zur Ukraine am 24. April 2020: <https://www.german-economic-team.com>

Die [Ukraine-Analysen](#) vom 15. Mai 2020 beschäftigen sich in der aktuellen Ausgabe unter anderem mit der Bilanz zu einem Jahr **Präsidentschaft von Wolodimir Selenskyi** und der Zukunft der Östlichen Partnerschaft.

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>

Deutsche Botschaft in Aserbaidschan
<https://baku.diplo.de/>

Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>

Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>

Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OAOEV und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer Website, auf Facebook, Linkedin, Xing und bei Twitter.

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113 Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegelbein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet

allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.